

Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 7

Ausgabe 4

Dezember 2023



Zeitgemäß - Sparsam - Ausgewogen? Der Haushalt 2025

Wie zu erwarten: Die Haushaltslast wird erneut größer, und das in erheblichem Umfang. Wie bereits in den letzten Jahren treiben Inflation, erhöhte Tarifabschlüsse sowie steigende Energiekosten die Zahlen. Den größten Teil des Haushalts nehmen weiterhin die Posten des Sozialhaushalts ein. Gleichzeitig werden bestehende Standards nicht ernsthaft infrage gestellt, so dass sich eine Kostenbegrenzung nicht ergeben kann. Hinzu kommen erneut Personalsteigerungen, die den Personalbestand des Kreises um weitere 20 Stellen anwachsen lassen. Vor diesem Hintergrund muss der Haushalt 2025 des Kreises unter den Kriterien "zeitgemäß", "sparsam" und "ausgewogen" bewertet werden.

Maßgeblich zu diesen Steigerungen trägt auch die erneut und erheblich gestiegene LWL-Umlage bei. Neue 25 Stellen im LWL-Kulturbereich setzen ein Zeichen, das nicht so recht in die Zeit zu passen scheint. Auch die Finanzierung umstrittener Projekte wie des Denkmals zum Stalag 354, einem Arbeitslager aus dem 2. Weltkrieg für sowjetische Kriegsgefangene der Wehrmacht bei Gütersloh belasten den Kreishaushalt ohne jeden Mehrwert für uns. 250.000,- Euro kostet allein dieser Posten, insgesamt steigt die LWL-Umlage um 32 Millionen Euro.

Die Bürgermeister haben in ihrer Stellungnahme erneut darauf hingewiesen, dass ein solcher Haushalt die Gemeinden überfordert. In der Folge dieser Zahlen laufen mehrere Gemeinden in die Haushaltssicherung, die Stadt Rheine hat bereits eine Anhebung der Grundsteuer B zum Ausgleich ihres Haushaltes beschlossen. Die Bürgermeister fordern den Landrat und seine Verwaltung auf, die Zahlbeträge der Kreisumlage nicht über die bisheriger Jahre zu steigern und darüber hinaus die Ausgleichsrücklage des Kreises aufzulösen. Beides lehnt der Landrat ab. So verständlich diese Forderung auch ist,

ist sie auch nach Auffassung der FDP-Kreistagsfraktion nicht zielführend.

Bisher konnten die erheblichen Belastungen aus der Corona-Pandemie und aus dem Ukraine-Krieg isoliert werden, diese Isolation endet Ende dieses Jahres. Zusätzlich beginnt ab 2026 die Rückzahlphase aus den Isolierungen der vergangenen Jahre, diese Rückzahlungen belasten den Haushalt. Dann wird die Ausgleichsrücklage richtig wichtig.

Das Gebot der Stunde bedeutet also Sparsamkeit. Aber wo? Dazu ist es wichtig, die Strukturen des Haushalts zu beleuchten: Zunächst sind da die freiwilligen Leistungen des Kreises. Sind sie so alle notwendig? Müssen sie zum Inflations- und Energieausgleich alle umfangreich steigen? Oder spart das Beharren auf den bisherigen Höhen das Ehrenamt kaputt? Und dann gibt es die Pflichtaufgaben. Sie werden den Gebietskörperschaften von Bund und Land auferlegt. Kein Entrinnen möglich. Aber: Müssen sie in dieser Form und Ausgestaltung immer sein? Welche Standards sichern ein menschenwürdiges Leben und verhindern den Absturz von Existenzen. Wo beginnt die Eigenverantwortung jedes Einzelnen?

Vor dieser Gemengelage finden in diesem Jahr die Haushaltsberatungen für den Kreis statt.

Ausblick: Der Wegfall der Isolierungen aus Corona und dem Ukrainekrieg führen schon jetzt zu erheblichen Mehrbelastungen. Ab 2026 wird es noch dramatischer.

Hinzu kommen die diametral auseinanderliegenden Auffassungen der nahezu gleichstarken Gruppierungen im Kreistag zwischen SPD-Grünen und Linken einerseits, CDU, FDP und UWG andererseits. Kompliziert.

DIE KERNZAHLEN DES HAUSHALTS 2024

Gesamtvolumen:	905.228.000,—	€
Zahlbetrag	274.139.000,—	
Kreisumlage:	34,0	%
Steigerungsbetrag	32.276.000,—	€
Steigerungssatz	2,5	%
Davon Personal		
Volumen	110.654.000,—	€
Anteil	12,2	%
Stellenzuwachs	23,97	VZÄ
Mehrkosten	9.526.000,—	€
Ausgleichsrücklage	19.595.545,—	€
Inanspruchnahme	6.500.000,—	€
Restbestand	13.595.545,—	€
allgemeine Jugendamtsumlage:		
Zahlbetrag:	433.513.000,—	€
Jugendamtsumlage	28,46	%
LWL-Umlage		
Zahlbetrag LWL-Umlage	893.757.00,—	€
Steigerungsbetrag	38.837.000,—	€
Steigerung	4,5	%
Zahlbetrag Kreis steinfurt	162.422.000,—	€
Umlageanteil Krs Steinfurt	4,84	%

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Landrat
40.531.243,- Euro

Stellenanteil: 133,90 Stellen

Der Haushalt des Landrates

Das Dezernat des Landrats Dr. Martin Sommer ist zuständig für das Personalwesen, aber auch für Umweltschutz und Nachhaltigkeit, außerdem ist bei ihm die Finanzabteilung des Kreises mit der Kämmerei angesiedelt. Er ist ebenfalls zuständig für die Kreispolizeibehörde und die Wirtschaftsförderung.

Im Vergleich zum Vorjahr steigen in seinem Dezernat die Kosten um 13,30%, in Zahlen um rund 5,4 Mio. Euro, der Personalanteil sinkt um 1 Stelle (0,7%).

Mit Abstand den größten Anteil am Gesamthaushalt dieses Dezernats macht der Personalaufwand mit rund 20,3 Mio. Euro auf, damit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von mehr als 5 Millionen Euro und inzwischen einem Anteil von mehr als 50% des Gesamtvolumens in diesem Dezernat. Der Steigerungssatz im Vergleich zum Vorjahresbudget beträgt hier erneut deutlich über 20%, geschuldet den hohen Tarifabschlüssen und den Sonderzahlungen zum Inflationsausgleich. Nimmt man alle weiteren Personalkosten und Rückstellungen hinzu, beträgt der Anteil am Haushalt des Landrats inzwischen 69 %.

Hier wird erkennbar, wie stark die Personalausstattung der Kreisverwaltung die Kostensituation beeinflusst. Vor diesem Hintergrund haben die Mitglieder der Kreistagsfraktion in ihrer Klausurtagung zum Haushalt Anfang November diesen Jahres noch einmal deutlich gemacht, dass sie eine Verstärkung der Bemühungen zum Personalabbau für dringlich halten. Die initial zügigen Bemühungen um schnellere Digitalisierung lahmten, die Implementierung von KI in die Routinen der Verwaltung gehen zu langsam. Es ist aber anzuerkennen, dass der Landrat massiv auf die Bremse bei den Personalforderungen aus den unterschiedlichen Ämtern getreten ist.

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat I
10.156.571,- Euro

Stellenanteil: 261,46 Stellen

Dezernat I : Digitales - Personal - Ausländer - Einbürgerung

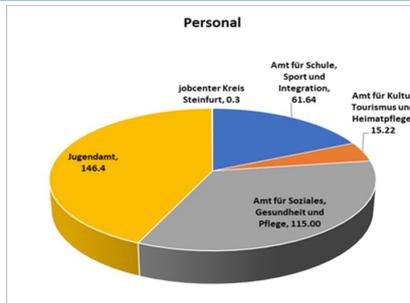
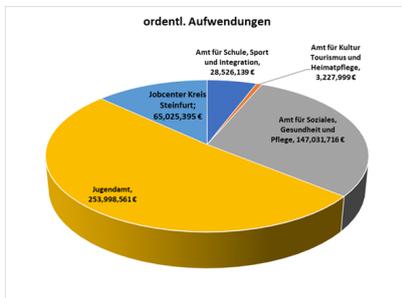
Um 33% steigt das Budget von Kreisdirektor Peter Freitag. In Zahlen: Er benötigt jetzt für die Erfüllung seiner Aufgaben 10,15 Mio. Euro (2024: 7,62 Mio. Euro). Hauptkostenstellen sind dabei das Ausländeramt, das eine massive Zunahme der Einbürgerungsanträge zu verzeichnen hat. Auch der Bereich Zuwanderung und Integration erhält einen ordentlichen Mehrbetrag von 250.000 Euro. Im Straßenverkehrsamt wachsen die Ausgaben in allen Produkten, insgesamt enthält der Teilhaushalt des Straßenverkehrsamtes Aufstockungen von mehr als 2 Mio. Euro in den Bereichen der Führerscheinstelle, der Geschwindigkeitsüberwachung und der Verkehrssicherung und Lenkung. Der personelle Zuwachs mit 5 VZÄ bildet speziell den Mehraufwand im Ausländeramt ab. In den Haushaltberatungen der Fraktion setzte der Kreisdirektor erneut den Schwerpunkt im Feld "Digitalisierung" und räumte ein, dass es hier schneller voran

gehen könnte. Maßgebliche Verzögerungen entstehen durch die fehlende Homologisierung der verschiedenen Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen, durch die die Anpassung der Schnittstellen schwieriger sei als erforderlich. Einen weiteren Schwerpunkt setzte er im Bereich der Digitalisierung bei der Anwendung von KI. Das Smart Region Büro arbeite hier mit Nachdruck an Lösungen, die den Alltag für Bürger und für Mitarbeiter erleichtern sollen.

Investiv setzt der Teilhaushalt entsprechend einen Schwerpunkt in der Beschaffung neuer Hardware und Software. Gleichzeitig wird der Schutz vor Hackerangriffen ausgebaut.

Die Digitalisierung der Führerscheinstelle wird mit neuer Software vorangetrieben, die Kommunikation im Rettungsdienst modernisiert. Für die Mitarbeiter werden Headsets, Switches, Laptops und Tablets sowie Telefone gewechselt.

Dezernat II : Soziales - Arbeit - Integration



Im Dezernat von Tilman Fuchs spielt die finanzielle Musik des Kreises. Weite Teile der speziellen Jugendamtsumlage werden hier ebenso verwaltet, wie Teile der Kreisumlage.

Die Grafik stellt den Anteil der einzelnen Ämter am Gesamthaushalt dar und den Personalanteil. Der Haushaltsanteil steigt erneut, dieses Jahr um 6,5%. Eine Organisationsuntersuchung hat ein personelles Defizit im Jugendamt aufgedeckt, das

seine gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben nicht sach- und fachgerecht erfüllen konnte. Allein die Neuordnung des Jugendamts bewirkt einen Stellenzuwachs von 16 Stellen.

Die Größten finanziellen Steigerungen verzeichnen die Produkte für Pflegebedürftigkeit und Kinder- und Jugendtagesbetreuung, außerdem ergibt sich ein erheblicher Mehrbedarf für das Jobcenter.

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat II
268.939.668,- Euro

Stellenanteil: 338,08 Stellen

Dezernat III: Bauen und Verkehr

Im Dezernat von Carsten Rehers findet sich die gesamte Infrastruktur des Kreises mit Gebäuden und Verkehrswegen wieder. Aufgabe des Dezernats sind Erhalt und Neuschaffung. Hier finden außerdem die Bearbeitung und Genehmigung von Baugenehmigungen statt, sofern sie das Kreisgebiet betreffen. Eine weitere Aufgabe ist der soziale Wohnungsbau und die Unterstützung der Wohnungsbaugesellschaften der Kommunen im Kreis. Im Umweltbereich sind Boden- und Gewässerschutz, Immissionsschutz und Abfallwirtschaft in diesem Dezernat angesiedelt.

Der Personalkegel des Dezernates wird um rund 8 VZÄ vergrößert. Dabei ist weiterhin die Wohnraumförderung extrem erfolgreich, hier konnten weit überdurchschnittlich hohe Fördermittel vom Land für den Kreis eingeworben und vor allem auch verbaut werden.

Größte Kostenstellen sind die Produkte für den Betrieb und Unterhalt der Kreisstraßen, ÖPNV und Mobilität, Wasserwirtschaft und Landschaftsschutz. Investive Schwerpunkte sind der Neubau des Berufskollegs in Rheine, die Erweiterung der Peter-Pan-Schule in Dörenthe und in Rheine, der Neubau der Förderschule in Lengerich, PV-Anlagen und Dachbegrünung auf Kreisgebäuden und auch ein neuer Fahrradstand am Kreishaus. Der Erwerb der notwendigen Grundstücke für die verschiedenen geplanten Straßenneubauten, u.a. in Emsdetten oder Steinfurt wird fortgesetzt. Die Rettungswache in Ochtrup und die Logistikhalle des neuen Katastrophenschutzlagers sind ebenfalls Teil des Haushaltsplans im Dezernat. Die Organisationsüberprüfung des Rettungsdienstplans hat gezeigt, dass weitere Rettungswachen erforderlich sind. Auch der Erwerb der hierfür notwendigen Grundstücke findet sich im Dezernat.

Das Haushaltsvolumen des Dezernats fällt um 2%, der Stellenanteil steigt um 8%.

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat III
32.899.489,- Euro

Stellenanteil: 708,59 Stellen,

ohne Abfallentsorgung
Stellenanteil: 343,59 Stellen

DIE ZAHLEN



Ergebnisplan Dezernat IV:
510.513.924,- Euro

Stellenanteil: 150,29 Stellen

Dezernat IV : Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Der Haushalt des Dezernats steigt im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,5 Mio. Euro, was einer Steigerung von 15,1 % entspricht. Die Zahl der Personalstellen bleiben konstant. Das Ergebnis des Teilhaushaltsplans in diesem Dezernat ergibt sich im Wesentlichen durch Einflüsse von außen. Die Neustrukturierung der Prozesse ist weitgehend abgeschlossen. Die Anpassung der Strukturvoraussetzungen in der Ausstattung ist in diesem Jahr für die Steigerung im Ergebnisplan des Dezernats bedingt. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit bildet dies ab.

Organisatorisch wird im Gesundheitsamt aktuell die Digitalisierung vorangetrieben. Ziel ist speziell eine intensivere Digitalisierung im Formularwesen. Von den Erfahrungen und Möglichkeiten sollen später auch die Ämter in den anderen Dezernaten profitieren können.

Größter Zuwachs im Haushaltsplan entsteht im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. Hier werden die Schulfähigkeitsuntersuchungen und die zahnärztlichen Reihenuntersuchungen verbucht. Der hierfür notwendige Personalaufwand steigert die Kosten im Produkt. Große Steigerungen gibt es auch in der Luftrettung als Folge der steigenden Zahlen der Notarzteinsätze, im Feuerschutz und in der Medizinalaufsicht. Die Investitionen finden im Wesentlichen im bodengebundenen Rettungsdienst und im Feuerschutz statt. Hierbei geht es um die Anschaffung neuer Fahrzeuge. Im Rettungsdienst werden die dafür notwendigen Ausgaben durch die Krankenkassen zu 100% erstattet. Die personellen Ergänzungen werden im Wesentlichen durch das Land NRW durch die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes refinanziert, so dass der ÖGD seine Aufgaben wieder mit ausreichender Personaldecke wahrnehmen kann. Die Kreisverwaltung konnte durch ihre Anträge die Maximalförderung des Landes erreichen.

Die Position der FDP-Fraktion und die Anträge

Die FDP-Fraktion im Kreistag Steinfurt hat sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf 2025 auseinandergesetzt und ihn als notwendige Grundlage für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik bewertet. Mit einem Rekordvolumen von über 905 Millionen Euro stellt der Entwurf die Kommunen im Kreis vor immense Herausforderungen. Steigende Umlagen, Zinslasten und eine sinkende Steuerkraft belasten die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zunehmend.

Erneut kommen wir zu dem Ergebnis, dass klarere Prioritäten im Haushalt unerlässlich sind. Dabei liegt der Fokus auf den Pflichtaufgaben, während freiwillige Leistungen kritisch hinterfragt werden sollen, insbesondere wenn sie keinen breiten Nutzen für die Bevölkerung mit sich bringen. Die Fraktion fordert, jeden Euro im Haushalt auf diese Notwendigkeit hin zu prüfen.

Besondere Chancen sieht die FDP in der weiterhin Digitalisierung. Mit der Automatisierung von Verwaltungsprozessen und dem gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz sollen Effizienz und Bürgerfreundlichkeit gesteigert werden. Die Fraktion betont, dass die Digitalisierung ein zentraler Baustein für eine zukunftssichere Finanz- und Verwaltungsstruktur bleibt und fordert eine konsequentere Umsetzung. KI muss eine größere Rolle spielen als bisher, die stotternde Digitalisierung wieder mehr Fahrt aufnehmen.

Zur Sicherung der finanziellen Stabilität setzt die Fraktion auf klare Benchmarks. Reduktion von Bedarfsgemeinschaften, eine stärkere Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt und der Erhalt der kommunalen Steuerkraft sind Zielgrößen. Stellenzuwachs darf es nur bei unabwiesbarer Notwendigkeit geben, weiterhin müssen bestehende Strukturen optimiert werden und Prozesse gestrafft werden.

Laufende Projekte sollen auf ihren Nutzen überprüft und bei Bedarf angepasst oder gestoppt werden.

Für die FDP-Fraktion sind Bildung und Infrastruktur immer noch entscheidende Zukunftsfaktoren. Investitionen in Schulen und Weiterbildung sichern gleiche Start- und Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche. Sie sind für uns ebenso zentral wie Erhalt und Pflege von Straßen, Schienen und Wasserwege als Lebensadern der regionalen Wirtschaft. Energieeffiziente Sanierungen und der Ausbau erneuerbarer Energien in Kreisgebäuden bieten zusätzliche Einsparmöglichkeiten.

Die Fraktion signalisiert ihre Bereitschaft, den Haushaltsentwurf mitzutragen, sieht jedoch weiteren Handlungsbedarf. „Unser Ziel ist ein Haushalt, der Zukunft schafft“, heißt es aus der Fraktion. Dabei appelliert sie an die politischen Wettbewerber im Kreistag, den Weg gemeinsam zu gehen.